

die Beratungen und Beschlüsse des Parteitages auch für die westdeutschen herrschenden Kreise von nicht geringer Bedeutung sein.

Genossen, im Entwurf des Parteiprogramms wird festgestellt, daß die Partei „die Sicherung der Nation vor Krieg und Vernichtung und die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens als die Hauptfrage unserer Zeit“ betrachtet und „den Krieg aus dem Leben des deutschen Volkes für immer verbannen“¹ will. Mit dieser Zielstellung, die den Interessen unseres Volkes entspricht, setzen wir die seit Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik verfolgte Friedenspolitik, die auf den Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruht, konsequent fort. Nach wie vor treten wir entschlossen für den Abschluß des Friedensvertrages und die Lösung der Westberlinfrage ein. Diese Politik steht in voller Übereinstimmung mit der Politik der Sowjetunion. Das hat Genosse Chruschtschow heute hier so überzeugend dargelegt.

Die deutsche Arbeiterbewegung und die besten Patrioten des deutschen Volkes haben stets ihre ganze Kraft für den Kampf gegen Militarismus und imperialistischen Krieg, für die Sicherung des Friedens eingesetzt. Erstmals in der Geschichte ist der Kampf um die Sicherung des Friedens zum unlöslichen Bestandteil der Politik eines deutschen Staates geworden. Unser Friedensstaat, der in fester Freundschaft mit der mächtigen Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten verbunden ist, genießt die volle Sympathie und Unterstützung der Bruderländer und aller friedliebenden Völker. Gerade in unserer Zeit richtet die internationale Öffentlichkeit ihre Aufmerksamkeit auf Deutschland, wo sich durch das Fortbestehen der Überreste des zweiten Weltkrieges und durch die imperialistische Bonner Politik gefährliche Konfliktstoffe angehäuft haben.

Die Tatsachen, die nicht aus der Welt zu schaffen sind, besagen, daß zwei deutsche Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung existieren. Also kommt es doch darauf an, das Verhältnis zwischen ihnen auf den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz zu gestalten, die Beziehungen zu normalisieren und vorhandene strittige Fragen auf dem Wege von Verhandlungen zu klären. Es soll wenigstens ein Minimum normaler staatlicher Beziehungen erreicht werden.

Das vom Genossen Walter Ulbricht von der Tribüne dieses Parteitages unterbreitete Abkommen der Vernunft und des guten Willens ist von der tiefen Sorge um die Sicherung des Friedens getragen. Wir gehen davon

¹ Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, Bd. IV, S. 330 und 331.